Mediendienst

Stuttgart, 30. Januar 2025

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Scheerer: Rückführungen notfalls von finanziellen Hilfen an Herkunftsländer abhängig machen

Landesregierung hat genug eigene Baustellen, sollte nicht auf andere schauen.

Zu aktuellen Medienberichten, wonach Justizministerin Gentges Syrien-Hilfen an Rückführungen koppeln möchte, äußert sich der migrationspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Hans Dieter Scheerer,** wie folgt:

„Die FDP/DVP-Fraktion steht für eine neue Realpolitik in der Migration. Wir brauchen mehr Ordnung und Kontrolle bei der Zuwanderung. Wer in unser Land gelangt ist, hier aber kein Bleiberecht hat, muss – auch nach Afghanistan und Syrien – konsequent wieder abgeschoben werden. Die Aufnahmebereitschaft der Herkunftsländer durch drohende Einschränkungen bei beispielsweise der Entwicklungshilfe zu erhöhen, ist dabei ein gangbarer Weg.

Allerdings gelingt es der Justizministerin mit dieser Aussage nicht, über die mangelhafte Performance der Landesregierung bei Abschiebungen oder Dublin-Rückführungen hinwegzutäuschen. Abschiebungen dauern zu lange und schlagen zu oft fehl, verlässliche Zahlen zu Dublin-Rückführungen kann die Landesregierung scheinbar auch nicht vorlegen.

Es gibt also genügend Baustellen, an denen dringend angesetzt werden sollte, bevor man sich Dingen widmet, die nicht in der eigenen Zuständigkeit liegen. Ich hoffe, dass eine künftige bürgerliche Regierung mit den Freien Demokraten diese Probleme ohnehin effektiver adressiert.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de